



Wirtschaftspolitik im geeinten Deutschland: Der Kronberger Kreis*) zu Kernfragen der Integration

Noch haben wir es in der Hand, ob der Traum von Wiedervereinigung und gemeinsamen Wiederaufbau gelingt oder ob er zum nicht endenden Alptraum wird.

Auch wenn der Scheitelpunkt beim Strukturwandel im Osten Deutschlands noch nicht erreicht ist, auch wenn die Arbeitsmarktzahlen sich weiter verschlechtern und die Gefahr der allgemeinen Überforderung noch besteht: Der häufig vermittelte Eindruck, die bisherigen finanziellen Anstrengungen, die Privatisierungsarbeit der Treuhand und die Investitionsanstrengungen zeigten keinerlei Wirkung, hält eingehender Betrachtung nicht stand. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß die Wirtschaftstätigkeit im Osten Deutschlands in Gang kommt.

Ernstlich gefährdet werden kann dieser Prozeß und die Erreichung des gemeinsamen Zieles vor allem von zwei Seiten: von der sich wie ein Flächenbrand ausbreitenden, auf mangelhaftes Verständnis marktwirtschaftlicher Wirkungsweise zurückzuführenden Ungeduld in der Bevölkerung und von einer Politik, die darauf mit immer neuer Hektik reagiert und auf diese Weise ihre eigenen Ziele vereitelt.

Tiefere Ursache der Ungeduld ist die allgemeine, von Parteien und Interessenverbänden auf ihre unterschiedlichen Mühlen geleitete Unzufriedenheit mit der Lastenverteilung. Weniger das Ringen um die richtige Lösung, als der Streit um die gerechte Verteilung

der mit dem Wiederaufbau verbundenen Lasten bestimmt die öffentliche Diskussion, legt sich wie Mehltau auf alles und droht immer wieder zur Blockade des sachlich Gebotenen zu führen.

Wenn Politiker und Gruppenvertreter in dieser Situation weiter vor allem vom Teilen reden und damit in großer Einfallslosigkeit den Ton in erster Linie auf das Verteilen durch Hergeben legen, werden wir – wie gehabt – im Streit über das Verteilen vor allem die Entstehung des Verteilbaren gefährden. Keine Frage: Selbstverständlich

ist Solidarität nötig, die in der Zugehörigkeit zur gemeinsamen Nation wurzelt und die wir auch darin erfahren. Aber gerade wenn das Kollektiv beschworen wird, ist Nüchternheit geboten. Nur eine Farce von Solidarität ist es, wenn jede Gruppe sich eine andere aussucht, die an ihrer Stelle die Lasten tragen soll, während sie für sich selbst im Falle der Heranziehung als Kompensation sogleich eigene Vorteile, vornehmlich im Einkommensbereich durchzusetzen sucht. Gerade diese Haltung aber breitet sich zunehmend aus, von den Interessengruppen bis zu den Gebietskörperschaften.

Leistungen der westdeutschen öffentlichen Haushalte für Ostdeutschland 1991 und 1992 (Mrd. DM)

Leistungen	1991 ^{*)}	1992 ^{*)}
Bruttoleistungen des Bundes	81	109
Leistungen der westdeutschen Länder und Gemeinden	8	12
Kreditfinanzierte Ausgaben des Fonds "Deutsche Einheit"	31	24
Aus öffentlichen Mitteln zinsverbilligte Darlehen des ERP-Sondervermögens und der Spezialkreditinstitute	21	25
Bruttoleistungen aus dem EG-Haushalt	4	4
Defizit der Bundesanstalt für Arbeit in Ostdeutschland	25	25
Defizit der Rentenversicherung in Ostdeutschland	-	14
Bruttoleistungen insgesamt	170	218
abzüglich		
Steuereinnahmen des Bundes in Ostdeutschland	-28	-35
Steuereinnahmen der EG in Ostdeutschland	-3	-3
Nettoleistungen insgesamt	139	180
davon:		
Bund	53	74
Westdeutsche Länder und Gemeinden	8	12
Fonds "Deutsche Einheit"	31	24
ERP-Sondervermögen, Spezialkreditinstitute	21	25
EG	1	1
Bundesanstalt für Arbeit	25	30
Rentenversicherung	-	14

*) Teilweise geschätzt

Quelle: Deutsche Bundesbank

*) Wissenschaftlicher Beirat des Frankfurter Instituts, bestehend aus den Professoren Juergen B. Donges, Wolfram Engels, Walter Hamm, Wernhard Möschel, Manfred J. M. Neumann, Olaf Sievert

Statt eine solche Einstellung zu fördern, gilt es, endlich für die Erkenntnis zu werben: Engstirniges Beharren auf vermeintlichen Ansprüchen bedroht den zügigen Wiederaufbau und verfestigt den wirtschaftlichen Notstand im Osten. Dämmert aber eine solche Situation herauf, dann werden wir alle weit mehr verlieren, als das, was an persönlicher Einschränkung heute gefordert ist; die *westdeutschen* Bürger, weil die Transfers in den Osten unseres Landes verweigert, die *ostdeutschen*, weil ihre Fähigkeiten brachliegen würden und sie damit zu Kostgängertum verurteilt wären.

Nur mit wirtschaftlicher Dynamik, die wir wegen eigener Fehler in der Lohn-, Finanz- und Sozialpolitik teilweise eingebüßt haben, lassen sich unsere mit der Integration verbundenen Probleme – die immateriellen nicht weniger als die materiellen – auf Dauer lösen. Voraussetzung dafür ist freilich, daß wir die Lebensbedingungen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft erkennen und einhalten. Marktwirtschaft in der bei uns seit Kriegsende entwickelten Form ist die im Ergebnis sozialste aller Wirtschaftsordnungen. Doch sie ist nicht auf die Bergpredigt gegründet. Sie ist vielmehr eine vitale, oftmals vulgäre, vor allem aber eine sehr effiziente Veranstaltung. Marktwirtschaft erzielt Gewinn und – nicht zu unterschlagen – Lohn. Sie funktioniert am besten in einem gesellschaftlichen Klima, das den unternehmerischen Menschen Entfaltungsmöglichkeiten einräumt und ihnen weder Gewinn noch Fortkommen neidet. Davon freilich sind wir derzeit weiter entfernt als in den früheren Aufbaujahren.

Insofern ist ein wirtschaftspolitischer Klimawechsel erforderlich, für den Politik und die organisierten Interessen den Boden bereiten müssen. Wirtschaftspolitischer Aktionismus hinge-

gen ist nicht gefragt, sondern geradezu fehl am Platze. Er richtet regelmäßig mehr Schaden an, als er Nutzen stiftet; ganz bestimmt läßt er potentielle Investoren zum Abwarten auf die jeweils nächste Fördermaßnahme ein. Wirtschaftspolitik muß sich deshalb auf wenige, aber entscheidende Verbesserungen und Klarstellungen in einzelnen Bereichen richten – so bei der Eigentumsfrage, der Privatisierung, der Lohnfindung und der Finanzierung der öffentlichen Haushalte. Dazu werden im folgenden einige Kernaussagen gemacht, auf die wir uns als Volk in dieser Situation verständigen sollten.

Eigentumsunsicherheiten klären

Eines der größten Investitionshemmnisse in den neuen Bundesländern ist nach wie vor die ungeklärte Eigentumslage. Inzwischen stecken wir in einem Dickicht unvorhergesehener Folgeprobleme des Prinzips "Rückgabe vor Entschädigung" fest. Die Klärung von Eigentumsverhältnissen kommt nur unendlich langsam voran. Es gibt mehr als drei Millionen unerledigter Vorgänge, mit denen Restitution beantragt wird und die Zahl der Streitfälle schwillt weiter an. Die dadurch verursachten volkswirtschaftlichen Gesamtkosten sind, im Vergleich zu den involvierten privaten Interessen, ins Astronomische gestiegen. Was die großen wirtschaftlichen Standortnachteile der ehemaligen DDR wenigstens teilweise hätte ausgleichen können – das lockende Angebot reichlich verfügbaren preiswerten Bodens – wird nun auch noch zum Standortnachteil: Grundstücke als Mangelware.

Auch wenn ein Strategiewechsel hin zum allgemeinen Vorrang für Entschädigung nicht mehr zur Debatte steht und jede weitere Novellierung zusätzliche Verunsicherung und neue Probleme bei der Rechtsanwendung befürch-

ten läßt, ist zweierlei zu unterstützen, das sich inzwischen auch in Bonn Bahn bricht:

- Erstens: Eine Reihe von klärenden Rechtsänderungen ist noch nötig und möglich. Doch dabei müssen Praktikabilität und Rationalität Vorrang haben vor dem Grundsatzstreit zwischen den Anhängern des Restitutions- und des Entschädigungsprinzips. Gefordert sind Bestimmungen zur eindeutigen, dauerhaften und verlässlichen Festlegung von Verfügungsrechten. Darüber hinaus muß dem Attentismus von Anspruchsberechtigten der Boden entzogen werden, die wegen der Unklarheit künftiger Entschädigungsregelungen zögern, auf ihren Eigentumsanspruch zu verzichten. Das zweite Vermögensänderungsgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung.
- Zweitens: Was an Klarstellung von Eigentumsrechten und "Vorfahrtsregeln" für Investoren im geltenden Recht schon angelegt ist, muß schneller als bisher absehbar umgesetzt werden – trotz der bekannten Kapazitätsengpässe in Verwaltung und Gerichtsbarkeit, die bei entsprechender Prioritätensetzung in West und Ost zumindest teilweise überwindbar sind.

Sicherlich werden in zahlreichen Fällen die eigentumsrechtlichen Hemmnisse noch überboten von den administrativen Investitionsbremsen, insbesondere im Rahmen der Genehmigungsverfahren. Doch das enthebt nicht von der Notwendigkeit zusätzlicher Anstrengungen in der Eigentumsfrage. Denn während zur Überwindung der administrativen Engpässe inzwischen manches auf den Weg gebracht werden konnte und der Wettbewerb der Regionen ein übriges tun wird, ist eine generelle Lösung der Eigentumsprobleme

samt ihrer Aus- und Nachwirkungen noch lange nicht in Sicht. Um so unterschiedener muß in dem hier vorgeschlagenen Sinne gehandelt werden.

Ähnlich liegt das Verhältnis zwischen dem Engpaßfaktor Eigentumsklarheit auf der einen und dem Investitionshindernis zu hoher Löhne auf der anderen Seite. Letztere, so wird geltend gemacht, ließen ohnehin nur so wenige Investitionen rentabel erscheinen, daß der Engpaß beim Grundvermögen sich oft gar nicht auswirke. Das klingt plausibler als es ist. Gerade weil der zu rasche Aufholprozeß bei den Löhnen bestenfalls verzögert werden kann, müssen wir mit aller Energie dafür sorgen, daß es im mühsamen Prozeß zur Verbesserung der Standortqualität in den neuen Bundesländern auch Aktivposten gibt. Diese können kaum in einer weiteren Aufstockung der Investitionsförderung liegen. Dringend erforderlich ist vielmehr ein reichhaltiges Angebot an Grundstücken, das auf die Preise drückt. Nur so kommen wir heraus aus der Situation, in der Angebotsengpässe die Grundstückspreise in prohibitive Höhen treiben und damit auch das Wirtschaftsleben schon im Frühstadium lähmen.

Entschlossen privatisieren

Eine breitgefächerte Privatwirtschaft ist die beste Voraussetzung für eine rasche Belebung der Wirtschaftstätigkeit. Die Treuhandanstalt sollte daher ihre Privatisierungspolitik entschlossen fortsetzen. Dieser Kurs ist richtig. Freilich steht der schwierigere Teil der zu bewältigenden Aufgaben noch bevor. Vorschläge, die Privatisierungsarbeit der Treuhandanstalt stärker zu formalisieren, damit diese letztlich weniger Einzelentscheidungen fällen muß, sind gut gemeint, dürften aber an praktischen Schwierigkeiten scheitern. In jedem Fall sollte die Treuhandanstalt

ihre Bemühungen in Zukunft noch stärker auf den Mittelstand richten.

Die gegenwärtig größte Gefahr für eine erfolgreiche Arbeit der Treuhandanstalt ist indes der politische und populäre Druck, das Sanieren der Privatisierung voranzustellen. Eine solche Umkehrung der bisherigen Strategie würde die wirtschaftliche Erholung Ostdeutschlands eher erschweren. Denn nicht nur ist der Staat gegenüber dem Erwerber eines Unternehmens in aller Regel der schlechtere Sanierer. Staatliche Stellen, die unter Sanierungsauftrag stehen, sehen sich vor allem meist nicht in der Lage, erfolglose Sanierungen rechtzeitig abubrechen. Die Erfahrung lehrt: Sie tendieren dazu, die Sanierung so lange und kostenreich fortzusetzen, bis das vermeintliche Sanierungsvorhaben in eine Steuergelder verschlingende Dauersubvention mündet, aus der sich zu befreien der Politik die Kraft fehlt.

Ein Mechanismus, der – verbunden mit persönlichen Abfindungen der Arbeitnehmer – automatisch die Stilllegung offenkundig nicht mehr lebensfähiger Betriebe ermöglichen würde, dürfte politisch nicht durchsetzbar sein. Beispiele aus dem Westen belegen das. Überdies wird das Problem der Stilllegung in den neuen Bundesländern durch die von der DDR-Planwirtschaft in einzelnen Gemeinden und ganzen Regionen hinterlassenen industriellen Monstrukturen zusätzlich verschärft. Lassen sich bei diesen Vorgaben Stilllegungen nur in geringem Umfang durchführen, sollten die schädlichen Auswirkungen dieser Zwangssituation jedoch möglichst begrenzt werden. Das heißt: Öffentliche Kapitalbeteiligun-

Privatisierungserfolge^{*)}		
	Investitions- zusagen (Mrd. DM)	Beschäftigungs- zusagen
Berlin	17,9	203.982
Brandenburg	24,9	251.463
Mecklenburg-V.	5,9	93.650
Sachsen	32,7	317.409
Sachsen-Anhalt	13,0	146.517
Thüringen	8,7	141.987

*) Stand: Ende Mai 1992
Privatisierungen insgesamt: 7.613 Unternehmen
Quelle: Treuhandanstalt

gen sollten deshalb von der Treuhandanstalt selbst und nicht von den Gebietskörperschaften gehalten werden. So könnte politische Einflußnahme zurückgedrängt und eine eventuelle Privatisierungschance erhalten werden. Wenn irgend möglich, sollte die industrielle Führung – auch bei nur geringer Kapitalbeteiligung – einem privaten Investor oder einer privaten Managementgesellschaft übertragen werden. Die Treuhandanstalt selbst kann nicht unternehmerisch führen.

Lohnpolitik neu durchdenken

Einen durchgreifenden Aufholprozeß wird es nicht geben können, wenn die Lohnentwicklung *im Osten* der dortigen Produktivität weiter vorausseilt und so die für einen selbsttragenden Investitionsprozeß benötigten Erträge gar nicht erst entstehen läßt. An dieser Stelle sind vor allem die Gewerkschaften gefordert: Sie dürfen den Arbeitnehmern nicht weiter eine Heranführung an das westdeutsche Lohnniveau im Geschwindigkeit versprechen. Denn damit verringern sie die Beschäftigungsmöglichkeiten im Osten und zwingen die Menschen endgültig zur Wanderung in den Westen. In den fünfziger Jahren haben die deutschen Gewerkschaften durch ihre maßvolle

Lohnpolitik entscheidend zum Aufbau unserer Wirtschaft und damit zum heutigen Wohlstand der Arbeitnehmer beigetragen. An dieses Erfolgskonzept sollten wir alle uns heute erinnern.

Der enger gewordene Verteilungsspielraum zwingt aber auch *im Westen* zur Weichenstellung in der Lohnpolitik. Zunächst einmal muß man damit aufhören, eine Lohnpolitik gegen die Bundesbank zu treiben. Überzogene Lohnsteigerungen führen zu Preiserhöhungen, die zu finanzieren sich die Bundesbank um der Stabilität des Geldwerts willen weigern muß. Die Unternehmen geraten schließlich in die Zange zwischen hohen Arbeits- und Kapitalkosten auf der einen und nicht kostendeckenden Preisen auf der anderen Seite. Der Versuch, mit den Mitteln der Lohnpolitik den Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen zu Lasten der Kapitaleinkünfte zu erhöhen, hat sich schon in der Vergangenheit als untauglich erwiesen. Dabei ist die Lohnquote zwar vorübergehend gestiegen, aber nur um den Preis einer Rezession mit entsprechender Zunahme der Arbeitslosigkeit. Im Ergebnis hat sich die Lage der Arbeitnehmer damit verschlechtert, weil sie schließlich nicht von der Lohnquote, sondern von den Löhnen, deren Kaufkraft und von der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes leben. In der derzeitigen Lage – und das betrifft alsbald die Vorbereitung der Lohnrunde 1993 – ist Verteilungsstreit in der Lohnpolitik noch verhängnisvoller als früher. Er muß entweder mit erhöhter Arbeitslosigkeit bezahlt werden, oder er bringt real nichts ein, weil überhöhte Lohnsteigerungen inflatorisch verpuffen, und überdies noch allen eine Abwertung ihrer Ersparnisse bescheren.

Wir können uns über diese Zusammenhänge nicht länger hinwegmogeln. Zum einen hat die Bundesbank noch weniger Spielraum als früher, sich gegen

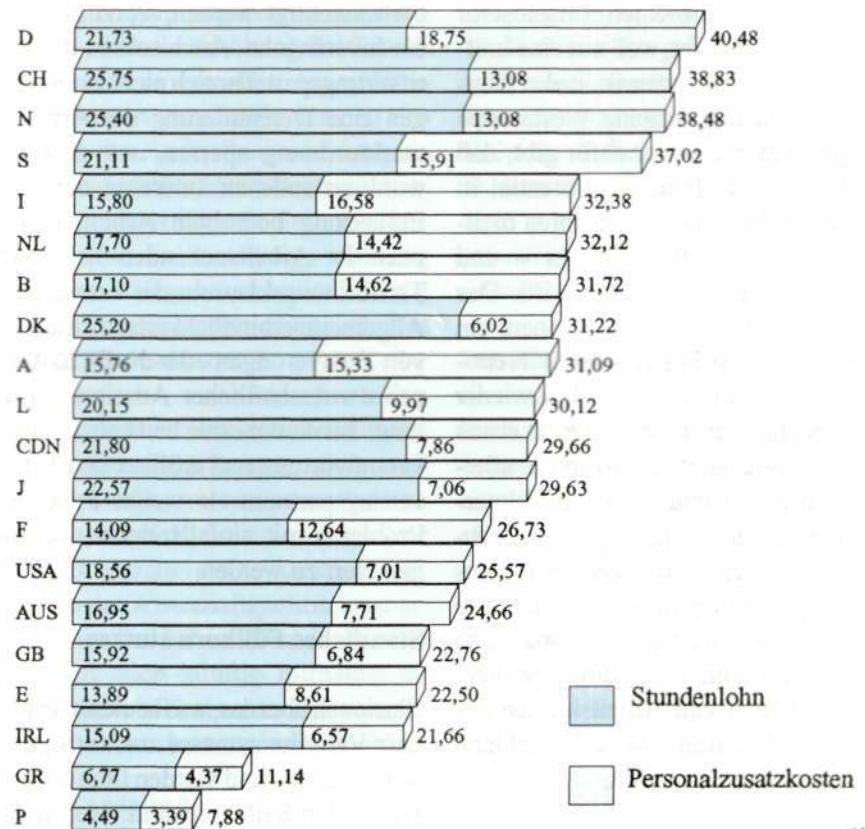
über kostenseitigen Inflationsimpulsen vorübergehend nachgiebig zu zeigen. Das Vertrauen der internationalen Kapitalmärkte in die Solidität der D-Mark darf nicht leiden; das in Maastricht gesetzte Ziel der Preisniveaustabilität muß mit aller Kraft angesteuert werden. Hier ist die Bundesrepublik im Wort, und sie hat selbst alles Interesse, es zu halten; denn der Beginn der Europäischen Währungsunion muß unbedingt im Zeichen der Stabilität stehen, wenn daraus eine Stabilitätsgemeinschaft werden soll und nicht eine Union, die Geld mittlerer Schlechtigkeit ausgibt. Die Tarifpartner haben daher allen Anlaß, sich in den kommenden Jahren auf keine Kraftprobe mit der Bundesbank einzulassen. Dabei könnten sie nur verlieren – und wegen der

Zinsrückwirkungen ganz Europa mit ihnen; denn vorläufig gibt beim Geld weiterhin die Bundesbank den Ton an.

Zum anderen ist nicht mehr zu übersehen, daß etliche europäische Länder die Zeichen der Zeit schon verstanden und begonnen haben, den internationalen Standortwettbewerb (auch) als Wettbewerb der Arbeitsmärkte, sprich der Arbeitskosten, zu führen, und zwar – und dies ist das Neue – ohne Wechselkursänderungen. Sie sind dabei insoweit im Vorteil, als jeder Teilerfolg in der Aufholjagd bei der Arbeitsproduktivität ihre geringeren Lohnkosten je Stunde in einen Wettbewerbsvorsprung bei den Lohnkosten je Produkt-einheit umwandelt, wenn sie nur darauf achten, die Lohnsätze nicht stärker

Arbeitskosten

je Arbeiter-Stunde in der Verarbeitenden Industrie 1991 in DM



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
Umrechnung auf Basis des Jahresdurchschnitts der amtlichen Devisenkurse

anzuheben, als wir es tun. Gerade dies passiert zum Teil bereits. Da eine Abwertung der D-Mark selbstverständlich auch in Zukunft nicht in Betracht kommt, können die deutschen Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze in diesem Wettbewerb – der sich im Gemeinsamen Binnenmarkt zweifellos noch verschärfen wird – nur verteidigen, wenn sie entweder durch forcierte Produktivitätssteigerungen ihren Produktivitätsvorsprung wahren oder durch vorsichtigere Lohnerhöhungen dem Aufholerfolg der Wettbewerber flexibel Rechnung tragen. Exportweltmeisterschaften in der Vergangenheit zählen in diesem Wettbewerb jedenfalls nicht, wohl aber Investitionen von heute und morgen.

Zum dritten und nicht Geringsten: Wir brauchen eine Lohnpolitik, die uns eine Rückkehr zur Hochkonjunktur und möglichst ein Verbleiben dortselbst für längere Zeit erlaubt, weil nur eine kräftige Wachstumsdynamik in der Bundesrepublik und in ganz Westeuropa einigermaßen Gewähr dafür gibt, daß auch das wirtschaftliche Potential in der ehemaligen DDR und ihren östlichen Nachbarn bald stärker – und schließlich voll – genutzt wird. Das erfordert nicht, wie viele meinen, ein allgemeines Stillhalten beim Netto-Reallohn für einige Jahre. Bei wieder guter Konjunkturlage wird es so etwas nicht geben. Aber es erfordert allerdings den Verzicht darauf, die Unternehmen einem Belastungstest auszusetzen. Es erfordert Vorrang für das Ziel, *mehr* statt weniger Arbeitsplätze lohnend werden zu lassen, zumal noch für eine Zeitlang eine kräftige weitere Zuwanderung von Arbeitskräften aus Ostdeutschland nach Westdeutschland unvermeidlich erscheint.

Es mag den Gewerkschaften als Zumutung erscheinen: Aber wenn auch sie – was man unterstellen sollte – eine an-

haltende Hochkonjunktur wollen, dann darf ihnen das nachhaltige Nebeneinander von lohnpolitischer Zurückhaltung und guten Gewinnen der Unternehmen nicht als Widerspruch erscheinen. Noch einmal: Mit Scheinsiegen können vielleicht die Funktionäre etwas anfangen, den Arbeitnehmern selbst nutzen sie nicht. Die Aufforderung an die Tarifpartner, vor diesen Realitäten nicht die Augen zu verschließen, sondern sie in ihre Rechnung einzubeziehen, bedeutet keineswegs eine Mißachtung der Tarifautonomie. Sie wird damit überhaupt erst ernst genommen: Es wird den Tarifvertragsparteien zugetraut, für eine neue Situation auch neue differenzierte Lösungen zu entwickeln. So sollten insbesondere in den östlichen Bundesländern bei Tariflohnvereinbarungen neben dem (entsprechend reduzierten) Festlohn ertragsabhängige Komponenten stärker berücksichtigt werden, vorzugsweise ein Investivlohn. Auch sollten die Tarifvertragsparteien sich nicht länger gegen eine Deregulierung der Arbeitsmarktordnung sperren, wo dies im wohlverstandenen Interesse der von Entlassung bedrohten Arbeitnehmer oder der Arbeitssuchenden liegt. Ob Tariföffnungsklauseln, der Verzicht auf Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen oder die Zulassung privatwirtschaftlicher Arbeitsvermittlung: Tarifautonomie heißt auch Tarifverantwortung und eröffnet den Tarifvertragspartnern ein weites Feld, der Probleme mit einfallsreichen Lösungen Herr zu werden.

Staatliches Füllhorn stützen

Illusionen über das, was heute an staatlicher Verteilungsmasse zur Verfügung steht, wurden und werden immer noch von vielen Seiten genährt. Vor allem die Politik hat es, parteienübergreifend, zu lange versäumt, die Bürger über die Grenzen staatlicher Machbar-

keit aufzuklären. Der Aufbau unserer östlichen Landesteile erfordert Einschränkungen, nicht nur in der Lohnpolitik, sondern vor allem bei der bisher für selbstverständlich gehaltenen breiten Leistungspalette der öffentlichen Hand. Das gilt nicht nur für den Bund, sondern ebenso für die westdeutschen Länder und Gemeinden. Länder und Gemeinden haben bisher zur Finanzierung der Einheit keinen Nettobeitrag geleistet, sondern über einigungsbedingte Steuermehreinnahmen sogar daran verdient.

Oberster Grundsatz für die Finanzpolitik muß sein: Zu einer Überforderung der öffentlichen Kassen, die Deutschland in eine Stabilitätskrise stürzen könnte, darf es unter keinen Umständen kommen. Deshalb ist der Vorschlag der Bundesregierung, die öffentlichen Haushalte umfassend zu konsolidieren, und zwar ohne Steuererhöhungen, richtig. Dazu sind freilich der öffentliche Konsum und die Personalausgaben zu beschneiden – auf allen Ebenen. Auch die westdeutschen Länder und Gemeinden müssen sich ihrer Mitverantwortung für das Gelingen des Aufbauwerks stellen und dürfen den Bund beim Sparen nicht allein lassen. Derzeit wachsen die Ausgaben beim Bund um 6 Prozent, bei den westdeutschen Ländern um 7 Prozent und bei ihren Gemeinden um 9 Prozent. Verglichen mit dem Ausgabenzuwachs in diesem Tempo würde eine Senkung der Zuwachsrate auf allen Ebenen auf 2,5 Prozent zu Einsparungen von fast 50 Mrd. D-Mark führen. Doch dazu sind deutliche Einschnitte erforderlich, und das nicht nur bei den dafür gern berufenen Verteidigungsausgaben, sondern auch durch Rationalisierung bei sozialen Leistungen und beim kommunalen Leistungsangebot. Einsparungen lassen sich überdies nicht nur durch die Streichung von Projekten, sondern auch durch ein Strecken erzielen, wie

etwa beim Rückbau von Straßen in westdeutschen Kommunen, der angesichts des dringenden Ausbaus eines leistungsfähigen Straßennetzes im Osten in der Rangordnung zurücktreten muß. Deshalb sollten die westdeutschen Gebietskörperschaften nach dem Vorbild des Bundes ein mehrjähriges Moratorium für neue Leistungen, denen keine Einsparungen an anderer Stelle gegenüberstehen, beschließen. Im übrigen muß bei den Konsolidierungsbemühungen das Potential für die Privatisierung von Unternehmen und Dienstleistungen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene entschlossener als bisher ausgeschöpft und die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung durch deren gründliche Umstrukturierung zukunftsweisend verbessert werden.

Zu Steuererhöhungen sollte tunlichst nicht gegriffen werden. Gegen sie spricht weniger, daß sie zur kurzfristigen Konsolidierung des Staatshaushaltes ungeeignet wären oder auch nur, daß man leicht ohne sie auskäme. Gravierende Steuererhöhungen – und nur um sie wird gestritten – bedeuten vor allem immer Einbußen an sich lohnender wirtschaftlicher Aktivität, sprich an wirtschaftlichem Wachstum. Solche Einbußen aber können wir uns angesichts der ungelösten Probleme im Osten am wenigsten erlauben. Mehr wirtschaftliche Dynamik im Westen und in ganz Westeuropa ist Voraussetzung für die Nutzung des wirtschaftlichen Potentials im Osten. Es ist daher sachlich geboten und auch legitim, daß die Bundesregierung Steuererhöhungspläne zunächst einmal von sich weist und sich vorläufig ganz auf die Möglichkeiten zur Eindämmung der Staats-

ausgabenkonzentriert. Die Verfolgung von Steuererhöhungsplänen wäre eine Kapitulation vor dieser Aufgabe. Nicht geeignet wären auch investitionslenkende Abgaben. So groß der Anreiz für Kurzsichtige sein mag: Sie würden uns nur weiter vom Ziel entfernen. Noch mehr Abgaben beeinträchtigen das Wirtschaftswachstum vor allem dadurch, daß sie den Produktionsstandort Deutschland beschädigen. Dazu darf es nicht kommen.

Selbst das dringende Interesse an einer Beruhigung des Verteilungsstreits im Zusammenhang mit der schon eingetretenen Erhöhung der Abgabenlast rechtfertigt keine kontraproduktiven Maßnahmen. Hier hat sich die Bundesregierung zudem gegen Vorwürfe einer einseitig die Arbeitnehmer treffenden Belastungssteigerung bisher nur sehr timide gewehrt. Von der Solidaritätsabgabe ganz abgesehen, ist zu bedenken, daß die Erhöhung der Sozialabgaben – sie betreffen den größten Einzelposten – zur Hälfte von den Unternehmen zu verkraften war. Aber ganz gleich für welche Maßnahmen die Regierenden aller Ebenen sich entscheiden: Selbst die kurzfristige Mehrung öffentlicher Einnahmen darf den Zwang zur Ausgabendisziplin nicht aufheben oder unterlaufen.

Denn: Neben der Aufgabe, den ruinerten Ostteil unseres Landes wieder aufzubauen, haben wir auch noch dafür zu sorgen, den Investitionsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftspolitik konkurrenzfähig zu halten. Um in diesem Wettlauf auch künftig mithalten zu können, ist ein Umbau des Systems der Unternehmensbesteuerung erforder-

lich. Ob der Umbau Geld kosten darf, ob er Geld kosten muß, das ist eine andere Frage. Im übrigen bleibt die unausweichliche Aufgabe, den immer weiteren Anstieg der gesetzlich aufgepackten Zusatzkosten wirksam zu begrenzen.

Es steht viel auf dem Spiel

In der Tat: Eine wirtschaftliche Fehlentwicklung in Deutschland würde nicht nur uns selbst empfindlich zurückwerfen, sondern auch die Länder im Osten und Westen Europas in Mitleidenschaft ziehen. Im eigenen wie im europäischen Gesamtinteresse dürfen wir deshalb den unvermeidlichen Risiken der Integration und Transformation nicht noch eigene, hausgemachte Unsicherheitsfaktoren hinzufügen.

Wir müssen die Teilung Deutschlands im Wettlauf mit den Erwartungen der ostdeutschen Bürger und der begrenzten Transferbereitschaft der westdeutschen Bürger überwinden. Wir müssen aktiv am Aufbau der osteuropäischen Volkswirtschaften mitwirken und uns nicht zuletzt auf die anvisierte europäische Wirtschafts- und Währungsunion einstellen.

Das alles ist nur zu schaffen, wenn wir die dazu notwendige eigene wirtschaftliche Basis stärken und uns in allen Teilen der Gesellschaft entsprechend einstellen. Dann könnte vielleicht tatsächlich das Wirklichkeit werden, was vor Jahren noch als Illusion erschien: ein zusammengehöriges, blühendes Deutschland in einem Europa der Vielfalt und des friedlichen Wettbewerbs. Ob wir das Ziel erreichen, noch liegt es in unserer Hand.